

Für eine realistische Analyse der globalen Rolle Chinas

Der Aufstieg der Volksrepublik China zur Weltmacht und die zunehmenden geopolitischen Spannungen fordern die Linke heraus, ihren Umgang mit dieser neuen Situation zu klären. Die Grundlage einer neuen linken Aussenpolitik muss dabei zwingend die Stärkung von Multilateralismus und zivilgesellschaftlicher Solidarität sein – und die Unteilbarkeit der Menschenrechte.



Als 1989 die Berliner Mauer fiel und der real-existierende Sozialismus scheinbar für alle sichtbar gescheitert war, fantasierte der US-amerikanische Intellektuelle Francis Fukuyama vom «Ende der Geschichte». Nach dem lange ersehnten Ende des Kalten Kriegs stiess er damit auf offene Ohren. Seine These: Nach dem Ende von Systemkonkurrenz und Kolonialismus würde sich weltweit die Staatsform der liberalen, marktwirtschaftlichen Demokratie durchsetzen, was zu Frieden und Wohlstand führe.¹

Fukuyamas Irrtum zeigt sich rund 30 Jahre später beispielhaft an der Entwicklung der Volksrepublik China. Einerseits fordert Chinas autoritärer Staatskapitalismus das System der «freien Marktwirtschaft» angelsächsischer Prägung und die in Europa verbreitete «soziale Marktwirtschaft» durch seine offensichtlichen Erfolge politisch und ökonomisch heraus. Die liberalen Demokratien sind durch die Systemkonkurrenz des Autoritarismus von innen und von aussen unter Druck. Damit hat Chinas Aufstieg einen neuen Kalten Krieg zwischen den USA und China provoziert und die multilateralen Organisationen sowie die internationale

Rechtsordnung neuartig herausgefordert. Die «imperiale Lebensweise»² und die hegemoniale Machtpolitik grosser Staaten sind an die Stelle des Kolonialismus getreten.

Die globale Dominanz des US-amerikanischen «Manifest Destiny» wird durch den «chinesischen Traum» herausgefordert. Bis 2049, so hat es die KP China festgelegt und kommuniziert, soll der «lange Marsch» beendet sein. 100 Jahre nach ihrer Gründung durch Mao Zedong werde die grosse «Erneuerung der Volksrepublik China» abgeschlossen und China die politisch, ökonomisch und militärisch führende Nation der Welt sein. Bis dann soll Chinas «Wiedervereinigung» abgeschlossen und international ein «günstiges Umfeld» durch eine «Reform der globalen Gouvernanz» geschaffen sein.³ Chinas Anspruch auf eine wichtige Rolle auf der Weltbühne ist zweifellos legitim, sein wirtschaftlicher Aufstieg beeindruckend und die Erfolge bei der Garantie gewisser sozialer und wirtschaftlicher Menschenrechte – etwa durch den Kampf gegen Armut – unzweifelhaft.

Aus linker Sicht stellt sich dennoch die Frage, wie mit dieser veränderten geopolitischen Ausgangslage

umgegangen werden muss. Während einige in antiimperialistische und kulturrelativistische Reflexe verfallen und die KP Chinas in nahezu blinder Loyalität verteidigen, andere zur Legitimierung der transatlantischen Machtpolitik tendieren und die USA als natürliche globale Ordnungsmacht für Freiheit und Demokratie überhöhen, reden wieder andere der indifferenten Neutralität helvetischer Prägung das Wort und weigern sich, zur Frage überhaupt Stellung zu beziehen.

Ich argumentiere für einen vierten Weg: Die Linke als internationalistische Bewegung muss ihren Grundsätzen der internationalen Solidarität mit anderen Völkern, die nach Freiheit und Gerechtigkeit streben, treu bleiben und die Unteilbarkeit der Menschenrechte sowie den Respekt vor internationalem Recht und Multilateralismus kompromisslos einfordern. Chinas schwerste Menschenrechtsverletzungen, die im Umgang mit der uigurischen Minderheit genozidale Züge angenommen haben, müssen konsequent verurteilt

“ Die Kommunistische Partei gehört sicher nicht dazu. ”

1 Francis Fukuyama: The End of History and the Last Man, Washington 1992.
 2 Ulrich Brand/Markus Wissen: Imperiale Lebensweise, München 2017.
 3 Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier China, Berlin 2021.
 4 Jean Ziegler, Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2003.

werden. Die völkerrechtswidrige Besetzung Tibets muss als solche benannt werden. Das bedeutet auch, dass die Staatengemeinschaft und multinationale Konzerne ihre Verantwortung zur Verhinderung dieser Verbrechen wahrnehmen müssen. Hierfür sind Allianzen mit allen, die sich gegen diese Praxis stellen, im Sinne des Universalismus notwendig. Gleichzeitig darf die

Linke die US-amerikanische Spannungspolitik nicht befeuern. Der Referenzrahmen linker Aussenpolitik in den Institutionen war immer das Völkerrecht und muss es auch bleiben. In Zeiten von Autoritarismus und kriegerischer Machtpolitik ist das Beharren auf allgemein gültigen Regeln, die jeder Staat im Umgang mit anderen und dem eigenen Volk zu respektieren hat, der einzige Weg, um Freiheit und Gerechtigkeit zu schaffen. Parallel muss die Linke auch den Kontakt zu den zivilgesellschaftlichen Kräften suchen, die sich für soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden in ihren jeweiligen Gesellschaften einsetzen. Davon gibt es in China zahlreiche. Die Kommunistische Partei gehört sicherlich nicht dazu. Die linke Utopie muss die Schaffung einer «neuen planetarischen Zivil-

gesellschaft»⁴ sein, keine neue (militärische) Blockbildung der Staaten.

Das «Ende der Geschichte» als Antithese zu Marx' historischem Materialismus ist aber nicht nur deshalb widerlegt, weil der Systemwettbewerb in einer neuen Form – autoritärer gegen liberaler Kapitalismus – unvermindert weitergeht. Auch die für tot erklärten Klassenkämpfe haben sich weltweit fortgesetzt. Wer deshalb hofft, Chinas stärkere globale Rolle könne helfen, den entfesselten globalen Kapitalismus einzuhegen, irrt sich gewaltig. Für eine Arbeiterin ist es unerheblich, ob sie in einem formal kommunistischen oder liberal-demokratischen System ausgebeutet und ihrer Menschenwürde beraubt wird. Und ein (Handels-)Krieg hilft zuallerletzt der Arbeiterklasse.

Die Aufgabe der Linken kann deshalb nur darin bestehen, die demokratische Transformation aller Staaten weg von kapitalistischen Ausbeutungsformen durch die Stärkung einer besseren regionalen und globalen Gouvernanz und unter Förderung der Zivilgesellschaften weltweit zu unterstützen. Kritik an allen Regierungen, die sich dagegenstellen, ist integraler Teil davon. ★



Fabian Molina

SP-Nationalrat und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission. Er ist Autor zahlreicher Texte zu China und Co-Präsident der Inter-Parliamentary Alliance on China (IPAC).

Das China-Bashing muss ein Ende haben!

Die Frage, wie sich Linke, Grüne, Alternative zu den Entwicklungen im Fernen Osten stellen sollen, gewinnt zunehmend an Aktualität. Entsteht dort eine autoritäre «Supermacht», die dem Gedanken der Emanzipation Hohn spricht, oder ist es ein Land auf seinem eigenen Weg zum Sozialismus? Wir plädieren dafür, die Brille westlicher Überheblichkeit abzulegen und den Blick zu weiten.

Dreissig Jahre nach dem Ende der Sowjetunion droht ein neuer Kalter Krieg. Nach einem von Kolonialismus und Imperialismus geprägten «Jahrhundert der Demütigung» ist China wieder aufgestanden und meldet sich auf der Weltbühne zurück. Die einzig übrig gebliebene Supermacht USA befürchtet, ihre Vorherrschaft zu verlieren, und sieht dabei gleich noch die «westlichen Werte» in Gefahr.

Im globalen Norden glaubte die ökonomische und politische Elite, China werde sich durch vermehrten Handel mit der «freien Welt» verändern und sich zu einem dem Westen vergleichbaren System verwandeln. Die nach dem Tod von Mao Zedong eingeleitete Reformpolitik schien China auf einen kapitalistischen Weg zu bringen. Heute wird deutlich, dass dort eine hybride Gesellschaftsform entsteht, die sich mit den

überkommenen Begriffen kaum fassen lässt.

Die bei uns gängigen Erklärungen wollen uns glauben machen, dass es sich bei China um einen äusserst autoritären Staatskapitalismus handle, der mittelfristig eine Gefahr für die Demokratie darstelle. Diese Erzählung wird bis weit in linksliberale, grüne, linke und alternative Kreise hinein verbreitet. Die Vorgänge in Hong-

kong oder Xinjiang gelten als Beweis dafür, dass die Führungsmacht in Beijing nichts von Menschenrechten halte.

Die Kritik an vermeintlichen oder tatsächlichen Verletzungen der Menschenrechte in China hätte etwas mehr Glaubwürdigkeit, wenn nicht die Führungen der westlichen Staaten, die solche Vorwürfe erheben,





“ Das im Begriff «autoritär» fixierte China-Bild sollte sich eigentlich wandeln, doch das Gegenteil scheint einzutreten.



selbst in tagtägliche Menschenrechtsverletzungen verwickelt wären. Die hehren Ziele des Westens stimmen oft nicht mit dem tatsächlichen Handeln der westlichen Regierungen überein. Das jüngste Beispiel dafür ist der Krieg in Afghanistan, der das Land nicht aus der Rückständigkeit befreit, sondern tiefer ins Elend gestürzt hat. Und auch der Irak ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Interventionen.

Bleiben wir beim Thema Menschenrechte: Der Kampf gegen die absolute Armut, den China seit Jahrzehnten geführt und jetzt erfolgreich abgeschlossen hat, scheint manchen Freund*innen der Menschenrechte gar nichts zu bedeuten. Wenn schon, dann sollten soziale und politische Rechte eine Einheit darstellen – und die einen nicht weniger wert sein als die anderen.

China gilt als ein autoritär geführtes Land, doch bemerkenswerterweise scheint sich dessen Führung mehr um die Belange des Volks zu kümmern, als dies in vielen westlichen Staaten der Fall ist. Der Beweis dafür wurde in der Corona-Pandemie angetreten. In einem Gespräch des Online-Magazins Republik äusserte der Ökonom Branko Milanović im Oktober 2020 die Meinung, unsere Weltsicht müsste in ihren «Grundfesten» erschüttert werden, wenn wir den Umgang der beiden

Mächte USA und China mit dieser Krise vergleichen. Trump ist in der Zwischenzeit weg, und die Lage in den Vereinigten Staaten hat sich seither leicht verbessert, doch die fundamentalen Unterschiede bleiben.

Das im Begriff «autoritär» fixierte China-Bild sollte sich eigentlich wandeln, doch das Gegenteil scheint einzutreten. Selbst in den Vereinigten Staaten warnen aufgeklärte Köpfe vor der Möglichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung. So hat die US-amerikanische Politologin Annelie Sheline

am 5. September 2021 gegenüber der NZZ am Sonntag erklärt, sie treibe «die Sorge um, dass die Hinwendung unserer gigantischen Militärmaschine in Richtung China einen dritten Weltkrieg auslöst – nur diesmal mit Atomwaffen».

Das China-Bashing muss ein Ende haben! Die schweizerische Zivilgesellschaft und die schweizerische Politik sollten sich nicht am Schüren eines Kalten Krieges beteiligen. In diesem Sinne ist es zu begrüssen, wenn Bundesrat Ignazio Cassis im Vorwort der «China-Strategie 2021–2024» formuliert, die Schweiz halte an ihrer «eigenständigen China-Politik» fest. Sie bleibe «der Zusammenarbeit und dem Dialog verpflichtet». Das bedeutet allerdings auch, ein realistischeres China-Bild zu gewinnen und den Weg Chinas aus Armut, Unterdrückung und Zersplitterung zu würdigen.

Wir müssen anerkennen, dass dies Chinas Weg ist – nicht jener eines Westens, der glaubt, allen anderen ihren Gang der Geschichte vorschreiben zu können. Das Land hat in den vergangenen sieben Jahrzehnten einen gewaltigen Lernprozess durchgemacht, um da zu stehen, wo es sich heute befindet. Die Führung der Kommunistischen Partei hat aus eigenen und fremden Fehlern gelernt. So konnte sie zum Beispiel den Niedergang vermeiden, den die frühere Sowjetunion erleben musste. Der unge-

heure wirtschaftliche Entwicklungsprozess hat einen Reichtum geschaffen, der teilweise zu grosser Ungleichheit führte. Die jüngsten Beschlüsse der Führung in Beijing zeigen allerdings, dass es zu einer Rückverteilung kommen soll. Diese ist auch dringend erforderlich, wenn das Land sozial nicht auseinanderbrechen soll.

Es wäre gut, wenn wir diese Entwicklungen nicht durch die Brille westlicher Überheblichkeit betrachten würden. Wir sollten vielmehr unseren Blick weiten für das faszinierende Neue, das in China entsteht und das von Bedeutung für die ganze Welt ist. ★



Franco Cavalli

Emeritierter Professor für Onkologie und alt Nationalrat, hat China seit 1999 mehrfach besucht.



Kurt Seifert

Sozialwissenschaftler und Publizist, war 1978 und 2019 in China.